

Gastkommentar „nahverkehrspraxis“, Ausgabe Juli / August 2007, Seite 1

Attraktiver ÖPNV trotz Sparmaßnahmen

Die Angebote des ÖPNV tragen in Städten und Regionen entscheidend zu wirtschaftlichem Wachstum und zu mehr Lebensqualität durch umweltfreundliche Mobilität bei. Der ÖPNV entspricht somit den politischen Maßgaben nach Klimaschutz und einer allgemein zugänglichen Beförderungsform für alle Bevölkerungsteile. Der städtische ÖPNV deckt in Deutschland seine Kosten zu rund 70 Prozent selbst. Der Rest wird weitgehend von den kommunalen Haushalten getragen.

Im Rahmen der Föderalismusreform wurde das Auslaufen der Ersatzmittel gemäß GVFG (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) bis zum Jahr 2019 beschlossen. Durch den Wegfall der Bundesfinanzhilfe werden den Gemeinden künftig 1,34 Milliarden Euro für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse fehlen.

Aktuell leidet der SPNV in Deutschland bereits unter den Kürzungen der Regionalisierungsmittel: Allein 2007 müssen die regionalen Verkehrsunternehmen 556 Millionen Euro einsparen, was bereits 2006 sichtbare Spuren im Verkehrsangebot und der Fahrpreisentwicklung hinterlassen hat. Neue Fahrgäste werden sich dadurch sicher nicht gewinnen lassen.

Angesichts dieser kontraproduktiven finanziellen Entwicklung müssen die Betriebe, Unternehmen und Verbände weiterhin selbst Anstrengungen unternehmen, um Einnahmen und Effizienz zu steigern. Nur auf die öffentliche Hand als Geldgeber zu vertrauen, wird künftig nicht mehr reichen. Der dadurch entstehende Spagat zwischen Sparmaßnahmen und einem attraktiven Verkehrsangebot wird somit offensichtlich.

Jüngste wissenschaftliche Untersuchungen des Verbands der Bahnindustrie in Deutschland (VDB) e.V. belegen: Der Einsatz neuer Züge erhöht die Quote der Fahrgastzahlen im SPNV um rund zehn Prozent und ermöglicht dadurch Mehreinnahmen. Wird dies von weiteren Maßnahmen wie verkürzten Fahrzeiten flankiert, so sind weitere sieben Prozent Zuwachs zu erwarten. Durch die energiesparenden und wartungsärmeren Zugsysteme können zudem die Betriebskosten deutlich gesenkt werden. Trotz Sparsamkeit ließen sich so neue Fahrgäste gewinnen und die Kostendeckungsgrade erhöhen. Dennoch ist die öffentliche Hand als Rückgrat der Finanzierung weiterhin gefordert. Die Länder und Kommunen dürfen sich nicht aus der Verantwortung für den Erhalt und den Ausbau des ÖPNV stellen, dessen Leistungsfähigkeit von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung ist.

Prof. Dr. Ronald Pörner, Hauptgeschäftsführer, Verband der Bahnindustrie in Deutschland (VDB) e.V., Berlin